

Die reaktionärsten imperialistischen Kräfte der Großbourgeoisie bemühen sich, der Bevölkerung einen „Plan für Europa“ vorzugaukeln, in dem von der Vorherrschaft Westdeutschlands in Europa in Partnerschaft mit dem USA-Imperialismus gesprochen wird. Real ist daran nur die Partnerschaft des westdeutschen Finanzkapitals und seiner CDU/CSU-Führung mit dem Finanzkapital der USA auf dem Rücken der westdeutschen Werktätigen. Die Unterstützung der abenteuerlichen Globalstrategie der USA und der Verzicht auf eine deutsche Politik des Friedens, der Demokratie und der friedlichen Regelung des Neben- und Miteinanders der beiden deutschen Staaten sind auch gegen die westdeutsche Bevölkerung gerichtet.

*Was ist denn aus dem Friedensgebot geworden, das in der westdeutschen Verfassung formuliert ist?* Es heißt dort, daß alle Handlungen, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Vorbereitung eines Angriffskrieges, unter Strafe zu stellen sind.

Aber die westdeutsche Großbourgeoisie und ihre Regierungen seit 1949 unternehmen ausschließlich Handlungen, die darauf abzielen, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören und zu untergraben.

Der Tatbestand der Friedensgefährdung ist eindeutig gegeben, wenn mit der revanchistischen Alleinvertretungsanmaßung eine Politik der ständigen Kriegserklärung gegen die DDR betrieben wird, wenn die bestehenden Grenzen in Europa nicht anerkannt und territoriale Forderungen erhoben werden! Mit der jetzt offen proklamierten Expansionspolitik sind die rechtsten Kräfte der CDU/CSU im Bunde mit sozialdemokratischen Ministern von kurzzeitigen demagogischen Entspannungsbeteuerungen zu einer langfristigen Politik des kalten Krieges zurückgekehrt. All das ist totale Negation des Friedensgebotes der Bonner Verfassung. Es ist zugleich elementare Verletzung des geltenden Völkerrechts.

Betrachtet man die westdeutsche Wirklichkeit, die Allmacht der Monopole und die heute immer schwerer zu tarnende Machtlosigkeit des Volkes, so erweist sich vor allem der in der Verfassung formulierte Grundsatz, daß alle Macht vom Volke auszugehen habe, als hohle Phrase. Von Demokratie kann keine Rede sein, solange das imperialistische Herrschaftssystem existiert und die Rechte der Bürger darauf beschränkt sind, alle vier Jahre einen Stimmzettel anzukreuzen, und solange den Werktätigen elementarste Rechte an Mitbestimmung in Wirtschaft und Staat verweigert werden.

Während wir gerade dabei sind, die sozialistische Demokratie des werktätigen Volkes immer wirksamer auszugestalten, ist zur gleichen Zeit der Prozel des Abbaus der Reste der bürgerlichen Demokratie in Westdeutschland in eine neue Phase eingetreten. Wurde schon unter Adenauer und Erhard mit einer parlamentarisch verbrämten Kanzlerherrschaft die schrittweise Entrechtung und Entmündigung des Volkes, die Aushöhlung der [demokratische] Verfassungsgrundsätze betrieben, so ist das Monopolkapital heute dabei seine autoritäre Herrschaft vollständig zu installieren. Mit Hilfe einer sogenannten inneren Staatsreform, die von der Regierung Kiesinger/Strauß mit über 80 Verfassungsänderungen betrieben wird, soll das ohnehin schon unzureichende westdeutsche Grundgesetz zur Urkunde der offenen Monopoldiktatur gemacht werden. Wirtschafts- und finanzpolitische Ermächtigungsgesetze, Wahlrechtsreform und Verschärfung des politischen Strafrecht sollen das Machtssystem der Monopole ausbauen und die Einflußlosigkeit des Volkes verewigen.

Alle diese aufeinander abgestimmten, ineinandergreifenden Maßnahmen zur Zwangsformierung der westdeutschen Bevölkerung kulminieren in der 1961er Verfassungsänderung, die Westdeutschland auf den Weg der Errichtung einer Militärdiktatur zu führen droht. Zunächst will das westdeutsche Monopolkapital